

**Anfrage der Fraktion DIE LINKE vom 14.12.2010
„Antoniusstraße“**

Zu den einzelnen Fragen der o. g. Ratsanfrage wird seitens der Verwaltung wie folgt Stellung genommen:

Frage 1: Treffen Presseberichte zu, dass seitens der Verwaltung konkret versucht wird, den Sperrbezirk in der Antoniusstraße hinein auszudehnen und die Prostitutionszone „etwa bis zur Hälfte einzukürzen“ (Beigeordnete Nacken laut AN vom 08.010.2010 / Bericht der AZ vom 11.11.2010 mit Verweis auf eine diesbezügliche Aussage aus 2009 des damaligen OB Linden) ?

Stellungnahme der Verwaltung: ja

Frage 2-4: Falls die Berichte zutreffen: Wer hat das aktuelle Vorgehen veranlasst? Welche Bedeutung misst die Verwaltung der allgemein eingeübten demokratischen Spielregel zu, dass Änderungen von Satzungen und Verordnungen, wenn sie gewünscht werden, eines politischen Beschlusses bedürfen, bevor die Verwaltung Schritte zur Umsetzung unternimmt? Welche Bedeutung hat es für die Verwaltung, dass es einen derartigen Beschluss zur Änderung der Rechtslage in Aachen („Verordnung zum Schutze der Jugend und des öffentlichen Anstandes, § 2, Abs. (1)“) nicht gibt?

Stellungnahme der Verwaltung: Im Zuge der städtebauliche Diskussion dieses Bereiches wurde dieses Thema zuletzt am 18.06.2009 im Planungsausschuss behandelt. Die beabsichtigte Vorgehensweise wurde in einer Pressekonferenz am 18.08.2009 dargestellt. Um die damalige Annahme, es bedürfe keiner Ersatzflächen für den „entfallenden“ Bereich der Antoniusstraße überprüfen zu lassen, hat die Verwaltung einen entsprechenden Antrag auf Erweiterung des Sperrbezirks bei der Bezirksregierung Köln gestellt. Von dort wurde bereits angekündigt, dass eine Erweiterung des Sperrbezirks nur unter gewissen Voraussetzungen zulässig sein dürfte. Es ist beabsichtigt, die politischen Gremien mit den sich aus der zu erwartenden Stellungnahme der Bezirksregierung Köln ergebenden Vorgaben zu befassen.

Frage 5: Welche Bedeutung misst die Verwaltung der Einschätzung von Experten zu, dass eine Verringerung des Raumangebotes für Prostituierte durch Einkürzung der Prostitutionszone zu höheren Raumieten für die Prostituierten, höheren Gewinnen der „Vermieter“ und insgesamt zu einer Verschlechterung der Situation der Prostituierten führt? (z.B. geäußert auf einer Diskussionsveranstaltung der Grünen im Juni 2010 von der Expertin Mechthild Eickel vom Verein „Madonna“ in Bochum)?

Stellungnahme der Verwaltung:

Sollte die Politik einer Ausdehnung des Sperrbezirks in der Antoniusstrasse und damit einer Verringerung des Raumangebotes für Prostituierte an dieser Stelle zustimmen, sollte an anderer

Stelle Ersatz geschaffen werden, um die in der Frage aufgeworfenen negativen Auswirkungen für die Arbeitssituation der Prostituierten oder eine Verlagerung in private Wohnungen zu verhindern.

Um weitere Verbesserungen für die Situation der Prostituierten im Sinne des Dortmunder Modells zu erreichen, hat der Sozialausschuss beschlossen, einen runden Tisch zum Themenkomplex „Arbeitssituation der Prostituierten“ einzurichten.